



Winterthur, 20. März 2013

### **Staatsvertrag Flugverkehr: Kein Ja ohne faire Fluglärmverteilung**

Sehr geehrte Nationalrätinnen und Nationalräte

Im Hinblick auf die Beratung der KVF des Nationalrats zum Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland betreffend Flugverkehr bitten wir Sie, die Anliegen der Region Ost, die eine halbe Million Einwohner vertritt, in Ihren Entscheidungsprozess mit einzubeziehen.

Die Region Ost anerkennt die Bedeutung des Flughafens Zürich für die Schweiz. Auch soll der langjährige Konflikt mit Deutschland durch die Ratifizierung des Staatsvertrags gelöst werden, um Rechtssicherheit zu schaffen. Gleichzeitig müssen aber die Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Staatsvertrags geklärt sein.

Aufgrund der Sistierung des Ratifizierungsprozesses in Deutschland besteht für die Schweiz keine Eile, den Vertrag zu ratifizieren. Wir wünschen deshalb, dass der Bundesrat vor der Debatte im Nationalrat einen Zusatzbericht erstellt, in welchem festgehalten wird, dass der Fluglärm fair auf alle Himmelsrichtungen verteilt und eine Lösung gesucht wird, die ohne unnötige Pistenverlängerungen auskommt. Mit dem Zusatzbericht ist nicht der Abschluss des SIL-Prozesses gemeint.

Der Osten ist nicht bereit, die Hauptlast des Staatsvertrags zu übernehmen. Er trägt bereits heute einen beträchtlichen Anteil des Fluglärms, der aufgrund der DVO auf die Schweiz entfällt. Gerne halten wir unsere grundsätzlichen Forderungen auf dem Beiblatt nochmals fest.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, den Staatsvertrag erst zu ratifizieren, wenn über die Verteilung des Fluglärms innerhalb der Schweiz im Grundsatz Klarheit geschaffen ist.

Freundliche Grüsse

Barbara Günthard-Maier, Präsidentin Region Ost, Stadträtin Winterthur



# RegionOst

## **1. Faire Fluglärmverteilung mittels Konzept, das den Fluglärm ausgewogen auf die vier Himmelsrichtungen verteilt (Verteilung der An- und Abflüge im Tages- und Wochenrhythmus auf den Süden, Norden, Osten und Westen)**

- Alle Flughafenregionen sollen einen Teil des zusätzlichen Fluglärms tragen, damit die Akzeptanz gegenüber dem Flughafen und die Wohnqualität in den betroffenen Regionen möglichst hoch bleiben.

## **2. Keine Pistenverlängerungen**

- Die reale Entwicklung der Flugbewegungen liegt weit unter der Prognose, weshalb ein Ausbau der Pisten aus Kapazitätsgründen nicht erforderlich ist.
- Die Sicherheit ist auch ohne Pistenausbau gewährleistet.
- Der Staatsvertrag verlangt keinen Pistenausbau.

## **3. Die betroffenen Kantone und Gemeinden werden auch in Zukunft zu Fragen rund um den Flugverkehr miteinbezogen**

- Über den Flugverkehr soll entscheiden können, wer vom Fluglärm betroffen ist.
- Es ist nicht akzeptabel, dass nur noch der Bund in Sachen Flughafen Zürich entscheidet.